

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 9. März 1932

Nummer 20

Zu den Tarifverhandlungen

Am 15. März treten in Berlin die Organisationsvertreter beider Tarifparteien im deutschen Buchdruckergewerbe zu einer Revision des seit 1. April 1930 gültigen Deutschen Buchdrucker-Tarifs (Mantel- und Reichstarif) zusammen. Der vertragsrechtliche Ablauf dieses Tarifs wäre nach dessen § 34 schon zum 31. März dieses Jahres fällig geworden; er wurde jedoch durch die Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 um einen Monat verlängert, und zwar bis 30. April 1932. Infolgedessen käme für den jetzigen Manteltarif zunächst eine Gesamtdauer von zwei Jahren und einem Monat in Betracht. Da der zwischen den Tarifparteien vereinbarte Austausch der beiderseitigen Antragsvorlagen acht Tage vor Zusammentritt der nach § 21 des Tarifs zuständigen Tarifkommission, also am 8. März oder erst einen Tag nach Abschluß der vorliegenden Nummer des Verbandsorgans, erfolgt, ist es leider nicht möglich, zu den Unternehmeranträgen jetzt schon Stellung zu nehmen. Sie werden in nächster Nummer in Verbindung mit den Anträgen unseres Verbandes und mit Gegenüberstellung der bisherigen tariflichen Bestimmungen veröffentlicht werden.

Wie wir schon mehrfach in andern Zusammenhängen angedeutet haben, ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß sich die prinzipialseitigen Anträge auch diesmal wieder im besannenen Rahmen privatakapitalistischer Unterebewertung der menschlichen Arbeitskräfte im Vergleich zu ihrer mehr als kurzfristigen und krisenverursachenden Überschätzung der mechanischen oder materiellen Produktionsmittel halten werden. Daß sich demgegenüber die Anträge unseres Verbandes in der Hauptache darauf konzentrieren, in entgegengesetzter Richtung zu wirken, bedarf als selbstverständlich keiner weiteren Begründung. Wie groß und scharf diese Gegensätze sind, wird die nächste Nummer des „Korr.“ schwarz auf weiß ergeben. Es bedarf wohl auch keiner längeren Begründung dafür, daß die von unserer Seite zu stellenden Anträge in erster Linie darauf abzielen, das ungeheure Elend der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit, d. h. unter Zurückstellung allzu vieler im Verlauf der Verhandlungen nur hemmender Einzelheiten und Nebenächlichkeiten abzuschwächen. Eine detart zweckmäßige, aus der Not der Zeit gebotene Beschränkung ist leider nicht überall bei der Antragsberatung beachtet worden.

Aber so viel steht nach allen Verlautbarungen aus Unternehmerkreisen jetzt schon fest, daß die prinzipialseitige Antragstellung den Stempel rückwärtsloser Rettungsversuche der individualistischen Betriebsherrschaft und egoistischen Profitwirtschaft viel ausgeprägter als je zuvor tragen wird. Inwieweit solche reaktionären und arbeiterfeindlichen Tendenzen durch politische Entscheidungen des deutschen Volkes dieser Lage wesentlich erschüttert oder beseitigt werden können, steht noch dahin. Aber sicher ist, daß die noch im dunklen Schoß der nächsten Wochen liegenden Entscheidungen auf tarifpolitischem Gebiet in stärkstem Maße davon abhängen werden, wie unsere Kollegenchaft innerhalb und außerhalb der Betriebe die Voraussetzungen dafür bisher schon geschaffen hat und noch schaffen wird.

Die ungeheuren Fortschritte der Technik in aller Welt könnten und müßten dazu beitragen, allen Menschen eine leichte Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse zu bieten und ihnen eine fortschreitend höhere Kulturstufe zu gewährleisten. Aber leider werden diese Möglichkeiten im Rahmen der privatakapitalistischen Wirtschaftsform nur in einseitigster Weise und Willkür zur persönlichen Bereicherung auf Kosten der menschlichen Arbeitskräfte von den Besitzern der materiellen und mechanischen Pro-

duktionsmittel mißbraucht. Den Erfolg dieser kurzfristigen Wirtschaftsform sehen wir im Millionenheer arbeits- und verdienstloser Menschen, deren Erhaltung auf kümmerlicher Basis die Gesamtwirtschaft in zusehender Weise belastet, gleichzeitig aber auch die ursprüngliche Gestaltlosigkeit des privatakapitalistischen Systems in hellstem Ausmaß beleuchtet. Denn das gegenwärtige Brachliegen ungeheurer Produktionsmittel ist nur die andre Seite und natürliche Konsequenz einer Wirtschaftsführung, in der der materielle Produktionsapparat viel höher bewertet wird, als die zu seiner Verwertung erforderlichen menschlichen Arbeitskräfte; woburh der eigentliche Zweck aller Wirtschaft in sein Gegenteil verkehrt wird. Eine Zurückziehung der Ursachen dieser Zustände auf politische oder sogenannte weltwirtschaftliche Umstände trifft keineswegs die Wurzel dieser Zustände. Denn die politischen Gegensätze sind gleichfalls nur Folgen dieser sich immer mehr als verkehrt erweisenden Wirtschaftsform, wie auch die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge oder Auswirkungen nur deren Summierung darstellen. Diesem Zusammenhang aller Dinge entspringen alle sozialen und politischen Gegensätze. Sie bedingen den Gegensatz zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Und solange dieses System nicht grundlegend geändert wird, solange es noch „vertragsrechtlich“ möglich ist, lediglich auf Grund materieller Machtverhältnisse einzelnen Personen und Kreisen ein mehr oder weniger willkürliches Dispositionsrecht über Arbeitsleistung, Arbeitszeit und Freizeit anderer von Natur aus gleichberechtigter Menschen zu sichern, kann und wird es weder einen sozialen noch einen wirtschaftlichen Frieden geben.

In diesem kultur- und wirtschaftspolitischen Ringen werden die am 15. März beginnenden Tarifverhandlungen für das deutsche Buchdruckergewerbe nur ein kleiner Ausschnitt sein. Es ist leider nicht zu erwarten, daß auf Unternehmenseite die allgemeine Notlage die Erkenntnis zur Reife gebracht haben könnte, daß der neuzeitliche Weg ihrer arbeiterfeindlichen Politik und Taktik nicht nur keinen Segen, vielmehr immer größere Hemmungen und Belastungen gebracht hat. Es ist viel eher damit zu rechnen, daß eine auch nur annähernde Überbrückung der bestehenden Gegensätze daran scheitern wird, daß man auf Unternehmenseite die in der Hauptache in persönlichem und spekulativem Eigennutz verschuldeten Last der zu bald 50 Proz. überzählig gewordenen Produktionsmittel weit höher und drückender einschätzen wird als die ungeheure Not und Zahl der gänzlich arbeitslosen Berufsgenossen. Die Unternehmer werden versuchen, ihr Betriebsrisiko noch mehr als bisher auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Daß unsere Vertreter allen solchen Versuchen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und nach besten Kräften bestrebt sein werden, eine Erleichterung der gegenwärtigen Notlage für alle Kollegen zu erreichen, ist selbstverständlich. Die Arbeiterschaft des deutschen Buchdruckergewerbes hat und kann das Vertrauen zu ihren Organisationsvertretern haben, daß diese in den nächsten Tagen und Wochen nichts verschäumen werden, was nur irgendwie dazu dienen könnte, die bestehenden tariflichen Rechte der Arbeiterschaft zu erhalten und sie in objektiver Würdigung der Zeitverhältnisse noch einwandfreier zu gestalten. Sollten aber die prinzipialseitigen Forderungen jede Möglichkeit eines vernünftigen Verlaufes und Resultats der Verhandlungen von vorn herein aufheben, so wird sich die Gelsenchaft auch damit abzufinden und gegenseitige Spekulationen auf Unternehmenseite in entsprechender Abwehrfront zu vereiteln wissen!

Verkürzung der Arbeitszeit ist das Gebot der Stunde!

Wie sich die Welt in Unternehmertöpfen malt, zeigte wieder einmal mit aller Deutlichkeit ein Artikel in Nr. 15 der „Zeitschrift“ vom 19. Februar über „Lohnhöhe und Akkordarbeit“. Der Artikelshreiber empfiehlt zur Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiteren Lohnabbau und Akkordarbeit. Kostlos überzogen allerdings scheint er von der Heilkraft seines Rezepts selbst nicht zu sein. In irgendeiner Ganglienzelle seines Gehirns ist noch ein Quentchen vernunftgemäßer Überlegung vorhanden, das sich aufbäumt gegen das stereotypen Nachplappern des Allheilmittels der Unternehmerverbände und ihrer Syndizi: Lohnabbau, Lohnabbau und abermals Lohnabbau, denn er bemerkt, allerdings nur in Klammern, daß er in einer Sentenz der Löhne keineswegs das Heil erblickt. Würden die Arbeiter und ihre wirtschaftliche Vertretung, die Gewerkschaften, sich den Kampf gegen die Krise ebenso bequem machen, dann brauchen sie nur ebenso stumpfsinnig die Gegenforderung aufstellen: Lohnerhöhung, Lohnerhöhung, Lohnerhöhung! Ja, sie könnten das noch zwei wichtige Argumente vorbringen: die Erfahrung der Vergangenheit, daß in der Zeit der Lohnsteigerungen die Wirtschaft blühte, und das Argument der Kaufkraftsteigerung. Tatsache ist doch, daß die gegenwärtige Weltkrise lediglich eine Absatzkrise ist, daß Produkte aller Art in solchen Mengen vorhanden sind, daß sie den Bedarf der gesamten Menschheit für zwei Jahre decken könnten, daß diese Produkte vielfach in großen Mengen verderben oder gar mit Bedacht vernichtet werden, während andererseits ein großer Teil der Menschheit bitterste Not leidet, weil er nicht imstande ist, die auf der Welt im Überfluß vorhandenen Produkte zu erwerben. Wir sehen also auf der einen Seite die durch überationalisierung gewaltig gesteigerte Erzeugung von Gütern -- auf der andern Seite den durch die geschwächte Kaufkraft verringerten Verbrauch. Will man dieses Mißverhältnis beseitigen, so muß man Erzeugung und Verbrauch in ein gesundes Verhältnis bringen. Voraussetzung dafür ist wieder die Stärkung der Kaufkraft der Konsumenten; da eine Lohnerhöhung zur Zeit nicht durchführbar ist, müssen die Preise auf den denkbar niedrigsten Stand gesenkt werden. Der Artikelshreiber der „Zeitschrift“ aber will die Löhne senken und die Erzeugung durch Akkordarbeit steigern. Von einer Verabsehung der Preise, die gerade für das Buchdruckergewerbe außerordentlich notwendig ist, erwähnte der Artikelshreiber nicht; das ist für ihn „heißes Eisen“. Die Notwendigkeit der Lohnsenkung begründet er einmal mit der Wirtschaftslage und zum andern damit, daß laut „Korrespondent“ das Ausland ebenfalls die Löhne gesenkt habe. Daß das Ausland nur dem deutschen Vorbild gefolgt ist, wird mit Fleiß übersehen. Als Ende 1930 die Regierung dem Drängen der Unternehmerverbände und ihrer parlamentarischen Vertretung nachgab und die staatlichen Schlächter anwies, die Löhne zu senken, haben die Gewerkschaften eindringlichst, aber erfolglos, darauf hingewiesen, daß durch diese Maßnahme die Position Deutschlands auf dem Weltmarkt keineswegs gebessert wird, denn das Ausland wird entweder ebenfalls dazu übergehen, die Löhne zu senken, oder man wird den deutschen Dumpingpreisen erhöhte Schutzzölle entgegenzusetzen. Und so ist es auch gekommen. Anstatt daraus die richtige Lehre zu ziehen, rufte die „Zeitschrift“ im Chor mit den übrigen Unternehmerorganen nach weiterem Lohnabbau. Würde diesem Verlangen abermals stattgegeben, so würde als einzige Folge eine weitere Verelendung der Erwerbstätigen aller Länder eintreten, eine weitere Schrumpfung der Kaufkraft, eine weitere Einschränkung der Gütererzeugung und damit weitere Millionen Arbeitsloser.

Welche Mienen die „Zeitschrift“ springen läßt, um die Buchdruckunternehmer zu weiterem Lohnabbau aufzureizen, zeigt folgender Satz des Artikels: „Unser Lohnindex lag schon immer bestimmt aber seit 1927 über dem Index der meisten Völker.“ Das ist eine sehr lächerliche, um nicht zu sagen bewußt unwahre Behauptung, die zu beweisen gar nicht erst der Versuch gemacht wird. Nach den in diesen Jahren aufgenommenen Statistiken des Internationalen Arbeitsamts in Genf steht der deutsche Lohnindex, einschließlich der Buchdrucker, an achter bis zehnter Stelle, und inzwischen hat sich das Verhältnis infolge der deutschen Zollpolitik noch weiter für die deutsche

Arbeitererschaft verschlechtert. Diese Feststellungen einer unparteiischen Institution sind den deutschen Unternehmern natürlich außerordentlich unangenehm; deshalb werden solche internationalen Vergleichskategorien von den deutschen Unternehmerverbänden auch heftig bekämpft.

Geradezu aufreizend für die Gehilfenschaft, insbesondere für den arbeitslosen Teil, ist aber das Verlangen nach der Einführung der Alltagsarbeit in dieser Zeit! Soll dies etwa ein Verluſtgeſchäft für die bevorstehenden Wählerwerbshandlungen sein? Alltagsarbeit im Druckersaal empfiehlt der Kritiker der „Zeitschrift“ an Stelle der Leistungszulagen! An anderer Stelle aber betont er, daß nur auf Grund der Güte der Erzeugnisse exportiert werden konnte. Leistungslohnabbau — Alltagsarbeit — Güte der Erzeugnisse! „Erkläre mir, Graf Erndub...“

Nachdem die Unternehmer 1 1/2 Jahre lang mit Hilfe der Regierungsgewalt ihr Rezept des „Zwangsbaues“ angewandt haben mit dem Erfolg, daß die wirtschaftliche Lage immer trostloser und die Zahl der Arbeitslosen immer größer geworden ist, sollte man annehmen, daß nunmehr auch bei ihnen der Zeitpunkt gekommen ist, zu erkennen, daß dieser Weg immer weiter in den Sumpf führt. Vertikung der Arbeitszeit ist das Gebot der Stunde, um die Arbeitslosen wieder in die Betriebe hineinzuverbringen, und zwar die Vertikung der Arbeitszeit für alle Erwerbstätigen: Beamte, Angestellte und Arbeiter! Sollte die Regierung Bränning in ihrer vierten Notverordnung an Stelle der Lohn- und Gehaltskürzung den gesetzlichen Sechsstundenarbeit dekretiert, sie hätte damit sicher den ersten Schritt zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg in Deutschland und zur Beseitigung der Finanznöte des Reiches, der Länder und Kommunen sowie der sozialen Körperlichkeiten getan. Dazu ist es aber auch heute noch nicht zu spät — nur darf der Realismus nicht noch weiter geknickt werden. Mit der Unterbringung einiger Millionen Arbeitsloser in die Betriebe wird auch eine Beseitigung der Wirtschaft eintreten und damit auch des Buchdruckgewerbes. Es wäre eine dankbare Aufgabe für die „Zeitschrift“, auf ihre Leser, die ja die sogenannte „öffentliche Meinung“ verbreiten, nach dieser Richtung einzuwirken, anstatt sie für weiteren Lohnabbau und Alltagsarbeit scharfzumachen! B. K. (Berlin).

Einheitsfront der Arbeitererschaft gegen den Faschismus

Es steht heute zweifellos fest, daß die faschistischen Organisationen eine Macht sind, zu deren Überwindung die Einheit und Entschlossenheit aller Gegner des Faschismus notwendig ist. Dieser Einheitsfront und einem erfolgreichen Kampf gegen die Faschisten stehen noch viele Hindernisse im Weg, die weggeräumt werden müssen. Ein solches Hindernis ist einmal die zu heobachtende „Innerschichtung“ der faschistischen Gefahr. Sie äußert sich in der Annahme, daß der Faschismus im Besitz der staatlichen Macht sehr bald abgewirtschaftet habe und den Weg zur proletarischen Revolution freimache. Ein anderes Hindernis ist die Auffassung, daß der Kampf gegen den Faschismus die bevorzugte Aufgabe einer Partei ist, wodurch wiederum die gemeinsame Plattform für alle Gegner der Faschisten zerstört wird. Der Kampf gegen den Faschismus kann heute keine parteipolitische Angelegenheit mehr sein. Er geht das ganze Proletariat an, ohne Rücksicht auf die Parteien. Der Faschismus als Staatsmacht würde der Tod jeder freiheitlichen Entwicklung bedeuten.

Um jene Hindernisse zur Einheitsfront zu beseitigen, unteruchen wir zunächst Ziele und Wege des Faschismus. Schon allein der Gedanke der sogenannten Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern, ohne eine gerechte Verteilung der Produktionsmittel zu sichern und ohne die industrielle Reservearmee zu beseitigen, ist so unangenehm, daß es sich erübrigt, hierüber überhaupt ernsthaft zu sprechen. Gerade weil die überwältigende Mehrheit der Menschen ihre Handlungen durch Privatvorurteile bestimmen läßt, würde ein solcher Arbeitsgemeinschaftsgedanke den Arbeiter noch mehr zum Ausbeutungsobjekt machen. Klassenunterschiede lassen sich eben nun einmal nicht durch schöne Redensarten, sondern nur durch die Beseitigung der wirtschaftlichen Zwangsange und politischen Rechtslosigkeit, in der sich der Arbeiter befindet, aus der Welt schaffen. Der Klassenkampf wird auch nicht durch den völkischen Massenkampf, den die Nationalsozialisten propagieren, aus der Welt geschafft. Die Ausbeutung des Arbeiters erstreckt sich über die ganze Welt, und somit kann der Kampf gegen die Ausbeutung nur geführt werden durch einen Kampf gegen unsere Klassengegner, gleichgültig, welcher Klasse diese Ausbeuter angehören. Die Nationalsozialisten sagen selbst, daß auch in der erstrebten Arbeitsgemeinschaft die Abhängigkeit des Arbeiters vom Unternehmer nach wie vor bestände. Die Arbeiter sollen also auch in Zukunft auf das Wohlwollen des Unternehmers angewiesen sein. Sozialismus ist jedoch nicht eine Sache des Wohlwollens, sondern ein Rechtsanspruch aller Ausbeuteten. Gerade die Idee des Rechts zeigt uns die Notwendigkeit des Klassenkampfes. Wir wenden uns deshalb gegen jede Ausbeutung und damit auch gegen die von den Nationalsozialisten propagierte Vergewaltigung anderer Völker und Massen. Die Stumpfsinnigkeit der nationalsozialistischen Idee kommt gerade hier mit aller Wucht zum Vorschein.

Genau so steht es mit der Idee der Volksgemeinschaft. Schon daraus, daß die Nationalsozialisten Mussolini als einen „Sozialisten allergrößten Ausmaßes“ bezeichnen, kann man sich ein Bild machen, wie die von dort angekrebte Volksgemeinschaft aussehen wird. Unmittelbar nach dem Marsch auf Rom im Oktober 1922, hat Mussolini

Hauptprinzipien für die faschistische Gesetzgebung erlassen. Nach diesen Hauptprinzipien soll alle Gewalt in den Händen von Mussolini vereinigt und alle Befugnisse der Volksvertretung abgehohlet werden. Genau so verhielt es sich mit der Gemeindefeldverwaltung. Aber auch die Rede, Vereins- und Pressefreiheit wurde beseitigt.

Besonders wahrlich ist der Gedanke über die Brechung der Zinsnedrigkeit. Eine Vermehrung der Zahlungsmittel ohne eine entsprechende Vermehrung der Güter würde bestimmt ein Sinken des Geldwertes zur Folge haben. Wir würden abermals die Möglichkeit zu jenem grenzenlosen Diebstahl schaffen, der während der letzten Inflation an der Arbeitererschaft begangen wurde. Mit einer derartigen Mahnahme könnte man höchstens dem internationalen Schieber eine Gefälligkeit erweisen, ob mit oder ohne Absicht, will ich dahingestellt sein lassen.

Auch das Agrarprogramm der Nationalsozialisten ist derartig fabelhaft, daß selbst der primitivste deutsche Arbeiter sofort den Pferdeschweif erkennen müßte. Es werden Kolonien gefordert, damit das Volk ohne Raum siedeln und seinen Lebensmittelsbedarf sichern kann. Wir haben in Deutschland noch Siedlungsraum für etwa 12 Millionen Menschen, wenn man im Interesse unserer Volksgenossen wirklich ernsthaft bemüht wäre, den sowieso schon bankrotten Großgrundbesitz zu zerlegen. Daraus ersehen wir, daß die Beschaffung von Siedlungsraum nicht Aufgabe der deutschen Außenpolitik ist, sondern eine ureigene Angelegenheit der deutschen Innenpolitik.

Die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten würde nichts weniger bedeuten als: „die Vertilgung der Mitte des deutschen Proletariats, die Zerstörung seiner Organisationen, die Ausrottung seines Glaubens an sich und seine Zukunft.“ Für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre würde es bedeuten den „Triumph des Weltimperialismus in seinen abgeklärtesten und blutigsten Formen“, so kennzeichnet Trocki in seinen „Zugführungen“ die faschistische Gefahr in Deutschland. Mit allem Nachdruck fordert Trocki die Schaffung einer geschlossenen Abwehrfront der gesamten Arbeitererschaft, um den gemeinsamen Gegner abzuwehren. „Darüber kann man mit dem Teufel selbst sich verständigen, mit seiner Grobmutter, und sogar mit Kasse und Geizhals. Unter einer Bedingung: sich nicht die eignen Hände zu binden.“ Versuchen wir festzustellen, ob diese so überaus notwendige Einheitsfront möglich ist und wie wir sie schaffen können. Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt erst einmal die Organisationen, die uns zur Verfügung stehen. Die wirtschaftlichen und politischen Erfolge der Reaktion haben in der gesamten Arbeiterbewegung tiefe Spuren hinterlassen. Allein die Vierte Notverordnung raubte dem Arbeiter nahezu ein Sechstel seines künftigen Lohnes, und dies in einem Augenblick, wo man Millionen von Mark der deutschen Großindustrie, u.a. den Großkonzernen, in Form von Subventionen an den Hals wickelt. Ganz besonders unerträglich sind die Angriffe auf kulturelles Gebiet, durch den ungleichen Abbau der Lehrkräfte und die dadurch entstandene Überfüllung der Schulen. Neben diesen Angriffen ist ein unüberbrückbarer Bruderkampf, der jeden Annäherungsversuch unglücklich erschwert.

Wie schwer die Arbeitererschaft durch die schweren und nachhaltigen Angriffe des Unternehmertums und dem Kampf ein eignen Lager zermüht ist, zeigen uns folgende Berichte. Von den im zweiten Vierteljahr 1931 durchgeführten Streiks waren 73 Proz. ohne Erfolg und nur 3,6 Proz. mit vollem Erfolg. In derselben Zeit waren von den Ausperrungen 0,6 Proz. ohne Erfolg, 33,2 Proz. mit teilweisem Erfolg und 66,2 Proz. mit vollem Erfolg. Man wird von seiten der kommunistischen Genossen vielleicht einwenden, daß derartige Mißerfolge größtenteils auf das Verhalten der sogenannten Gewerkschaftsbürokratie zurückzuführen sei, aber die hier folgende Darstellung bringt den Beweis, daß das Verhalten der Arbeitererschaft tatsächlich selbst sehr viel zu dem Mißlingen von Kampfhandlungen beiträgt. „Die Spinnerei Hermann Baltus (Friedrichstal) forderte von ihrer 475 Mann zählenden Belegschaft eine Lohnsenkung von 12,5 Proz., um einen englischen Auftrag zur Ausführung bringen zu können. Der Auftrag würde der Belegschaft einen Monat Beschäftigung sichern. Der Arbeiterrat und die Gewerkschaft lehnten den Lohnabbau ab und sicherten ausdrücklich für den Fall einer Ausperrung ihren Mitgliedern Unterstützung zu. Trotzdem hatten 90 Proz. der Belegschaft einen Nervens unterschrieben, in dem sie sich mit der Lohnsenkung ab 1. November auf einen Monat zunächst einverstanden erklärte, aber auch für eine sofortige Lohnsenkung sprachen sich in einer geheimen Abstimmung 277 gegen 155 Arbeiter aus. („Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 21. Oktober 1931.)

Daß es unter solchen Umständen die notwendige und schwerste Aufgabe ist, den Faschismus abzuwehren, dürfte jedem vernünftig denkenden Menschen einleuchten. Die Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeitererschaft zur Abwehr der ungeheuren faschistischen Gefahr ist die dringende Forderung, hinter der alle Sonderinteressen und parteipolitischen Wünsche zurücktreten müssen. Die Organisation, die am vorzüglichsten geeignet ist, alle Kräfte zu mobilisieren, ist der ADGB. In den diesem Spitzenverband angeschlossenen Gewerkschaften sind zahlenmäßig mehr Arbeiter organisiert, als in allen anderen Arbeiterorganisationen zusammengekommen. Dieser Mitgliederkreis umfaßt Arbeiter mit den verschiedensten parteipolitischen Interessen und Weltanschauungen. Aber alle verfolgen den Zweck, ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern und auszubauen. Dementsprechend sind die Einrichtungen der Gewerkschaften ausgebaut, und in jahreslanger Tätigkeit für Arbeiterrechte faulten sich die Kräfte der Organisation. So sind die Gewerkschaften trotz Wirtschaftskrise, trotz der politischen

Reaktion noch ein wirtschaftspolitischer Machtfaktor, mit dem ein Gegner rechnen muß. Das wissen die Faschisten sehr wohl, das haben ihnen die Erfahrungen in Italien gezeigt. Die Verwirrung der Arbeiterkörpers durch das Anpassen der Faschisten in die sozialistische Ideen- und Gedankenwelt, die verantwortungslose Agitation, begünstigt durch die wirtschaftliche Not haben dem Faschismus Erfolge gebracht, die in einem demokratischen Staat für die parlamentarische Macht ausschlaggebend sind. Eine Organisation mit dem Willen zur Staatsmacht und mit der Gewißheit, daß die wirtschaftlichen Machthaber hinter ihr stehen, für eine solche Organisation ist der Weg von der parlamentarischen zur unbeschränkten Staatsmacht ein kleiner Schritt. Politische Organisationen, die sich diesem Schritt entgegenstellten, waren bald hinweggefegt. Die einzige Gefahr für die Faschisten besteht darin, daß sie die Wünsche und den Willen der Monopolkapitalisten nicht erfüllen können. Der Wille jener Menschen geht aber vor allem auf die Zerfällung der Gewerkschaften und der damit verbundenen Rechtslosmachung der Arbeitererschaft. Aber die Niederlage der Gewerkschaften geht der Sieg des Faschismus. Eine politische Macht aber, die keine Maschine, keinen Betrieb und keine Wirtschaft in Gang bringen kann, ist verloren. Daher wird und muß es die Hauptaufgabe der Faschisten sein, nach der politischen Machtergreifung die Gewerkschaften zu zerfälligen, um freie Bahn zu bekommen für die Unterwerfung des Arbeiters. Für jeden Arbeiter ergibt sich hieraus die Konsequenz, seine gewerkschaftliche Organisation zu stärken, selbst wenn er sonstige, in normalen Zeiten höher zu bewertende Parteinteressen zurückstellen muß. Für die Gewerkschaften ergibt sich die Aufgabe, den Kampf gegen den Faschismus zu organisieren und die Arbeitermassen zusammenzufassen in eine antifaschistische Front. Nur eine solche Front, unbelaſtet von Sonderinteressen und religiösen Spannungen, kann eine derartig harte Aktivität entfalten, daß die Drahtzieher und Anglieder des Faschismus vor vornherein auf ihr ungläuberes Spiel verzichten müssen. Unter solchen Voraussetzungen würde der Faschismus derartig in die Defensive gedrängt, daß ihm jede Lust zur Machtergreifung vergehen würde. Diese Formation allein hätte den Anspruch auf den Titel „Einheitsfront“, und ihre Kraft und Geschlossenheit gibt tatsächlich der „Eisernen Front“ das, was wir ihr im Interesse aller freileidlich gesinnten Menschen wünschen, nämlich die Grundlage für eine Zusammenfassung aller Ausbeuteten, gleichgültig welches Parteibuch sie in der Tasche haben und ohne Rücksicht auf ihre religiöse Überzeugung. Betrachten wir in diesem Zusammenhang die „Rote Klassenfront“ der KPD. Der Kern dieser sogenannten Einheitsfront wird gebildet von den Mitgliedern der KPD, die ich auf etwa 300 000 schätze. Darüber hinaus gibt es selbstverständlich Tausende von Arbeitern, die sich dieser Front anschließen werden; weniger deshalb, weil sie die Richtigkeit jener Parolen eingesehen haben, sondern größtenteils aus politischer Berägrung und leider auch aus politischer Unverständlichkeit. Aber trotzdem wird jeder einsichtige Mensch zugeben, daß diese Front nicht in der Lage sein wird, alle in Frage kommenden Arbeiter zu umfassen, und schon deshalb verfügt sie auch nicht über die nötige Stärke, dem Faschismus einen Damm entgegenzusetzen zu können. Dasselbe was der Bruch der parteipolitischen Neutralität für die Gewerkschaften bedeutet, bedeutet er auch für die „Eiserne Front“. Sobald wir die Führung dieser Organisation aus der Hand geben, oder uns gar einer parteipolitischen Führung unterordnen, würden wir der „Eisernen Front“ den Todesstoß versetzen und dem Faschismus zum Sieg verhelfen. Der Kampf gegen den Faschismus erfordert jedoch den letzten Mann, und deshalb haben wir alle die Aufgabe, die Grundlage zu schaffen für eine wirkliche ehrliche Zusammenarbeit gegen jene Knechte des Großkapitalismus, gegen den Faschismus.

K a s e l.

R-11.

Das Buchgewerbe im Ausland

Stierreich. Die Unternehmer des graphischen Gewerbes sind nach wie vor bestrebt, die Krise reiflos und geradezu streupellos für ihre Zwecke auszunutzen. Ihre recht durchsichtige Forderung nach Einführung der Kurzarbeit und des Aussehens fand schon bei der vorjährigen Tarifrevision durch die Unterhändler und in den Herbstmonaten nach Befragung der Personale einhellige Ablehnung, die aus Gründen der denkbar schlechtesten Erfahrungen und nicht zuletzt auch solcher materieller und grundsätzlicher Natur erfolgte. Nun verlegten die Unternehmer ihre bezüglischen Bestrebungen direkt in die Betriebe. Kommt es dort zu Kündigungen, so werden die Personale unter Druck gestellt, es wird sicher nicht an deutschen Hinweisen auf den starken Standpunkt der Organisation und ihrer Führer fehlen, der allein die Kurzarbeit und das Aussehen verbietet. Meist sind die Gefündigten alte Kollegen, was ebenso sicher kein Zufall, sondern brutale Absicht ist, um die Personale müde und gegen ihre Organisation mobil zu machen. Macht die Personalvertretung einschlägige Angebote, um solcherart die Betriebe teilweise zu entlasten — beispielsweise daß jetzt schon, statt in der Sommerzeit, die Ferien genommen werden —, so werden diese zumeist mit der Motivierung abgelehnt, daß es sich bei den Unternehmern doch um eine grundsätzliche Einstellung zur Kurzarbeit und zum Aussehen handelt. Auch andre Ersparungsversuche der Betriebsräte werden in der Regel mit Berufung auf die bekannte „grundständige“ Einstellung der Unternehmer negiert; sie drohen mit Entlassungen auch im Krankheitsfall, mit der Sperrung der Betriebe und dergleichen. So und ähnlich treiben es die Unternehmer auf der ganzen Linie. Nachdem sie solcherart

entprechende „Borarbeit“ geleistet hatten und die Arbeitslosenzahl allein bei den Geßlisen auf 2000 anstchwoll, glaubten sie endlich die Zeit reif, um mit Erfolg ihre unerwünschten Verlangen an das Graphische Kartell nach Einführung der wiederholt abgelehnten Kurzarbeit zu stellen; da aber die bisherige Auffassung über die Kurzarbeit in der Arbeiterschaft gerade durch das auffällige Gebahren der Unternehmer nur bekräftigt wurde, mußte der sehnlichstgesehnte Unternehmerwunsch abermals unerfüllt bleiben. Nun mußte nach einem andern Weg Ausschau gehalten werden, der die Unternehmer unter allen Umständen zu dem einmal gesteckten Ziel führen sollte. Bei einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern maßgebender und einflussreicher Wiener Druckereien bestellten die Unternehmer eine Resolution, die ihre Absichten für die nächste Zeit in prägnanter Form zum Ausdruck brachte, die aber auch klar aufzeigt, daß sie auf die doch auf Treu und Glauben aufgebaute Tarifgemeinschaft keinen Wert mehr legen, desgleichen auf ihre Vertretbarkeit und auch auf den gewerblichen Frieden. In dieser ominösen Resolution wird an den Hauptverband der graphischen Unternehmungen die Aufforderung gerichtet, „zur Verringerung der geradezu katastrophalen Lage des Gewerbes“ angelegentlich Maßnahmen zu ergreifen, die ihnen im Wege der Vereinbarung mit der Arbeiterorganisation einfließlich die Einführung der Kurzarbeit mit sofortiger Wirksamkeit bringt. Diese Kurzarbeit hätte sich je nach Unternehmerwunsch abteilungsweise oder für den ganzen Betrieb durch Verkürzung der täglichen Arbeitszeit oder durch Ausfallung ganzer Arbeitstage auszuwirken. Die zweitwichtigste verlangte „Maßnahme“ ist eine „entsprechende Senkung der Löhne“ mit selbstverständlich gleichfalls sofortiger Wirksamkeit und eine „Herabsetzung der überhöhten Löhne auf ein Maß, das einen bestimmten Prozentsatz der neuen Mindestlöhne nicht übersteigt“. In neuerlichen getrennten, eingehenden Beratungen der Ausschüsse der drei graphischen Organisationen und dann des gemeinsamen Graphischen Kartells war man sich auch diesmal wieder — unbestimmt um die in obiger Unternehmerresolution angelegten Dringlichkeiten mit dem Vertragsbruch unter Mithilfe der Regierung usw. und trotz der tatsächlich von Woche zu Woche schlechter werdenden Situation auf dem Arbeitsmarkt — wegen der überwiegenden Nachteile für den einzelnen wie auch für die Gesamtheit und die Organisation in der Abweisung der Kurzarbeit einig. In einer abermaligen Aussprache der Kartellvertreter mit Vertretern des Unternehmerverbandes erklärten diese, den Tarifvertrag ja sonst einhalten zu wollen, nur verlangen sie eine Kurzarbeit von 30 Stunden bei entsprechendem Lohnabzug von 25 Proz. Von den Kartellvertretern hingegen wurde, um weitere Entlassungen wenigstens vorläufig hinauszuschieben, die Einführung der vierzigstündigen Woche in Vorschlag gebracht, wobei der Lohnausfall für die acht Stunden je zur Hälfte von den Unternehmern und von den Arbeitern zu tragen wäre, was aber von den Unternehmern als völlig unzulässig abgelehnt wurde. Eine Wiener Betriebsraterversammlung „bei dem“ Graphischen Kartell angeschlossenen Organisationen nahm zu den erneut gestellten Unternehmerforderungen, über die der Kartellvorsitzende Weigert berichtete, Stellung und konnte nach einer wirklich erschöpfend geführten Debatte nur wieder zu einem einseitig absehnenden Beschluß gelangen, aus dem die Unternehmer ersehen mußten, daß der Wille zur Abweisung nicht — wie sie es wider besseres Wissen immer wieder behaupten — einem „Diktat“ der Gewerkschaftsführer entspricht. — Ähnlich liegen die Dinge in der Wiener Zeitungsindustrie. Auch hier sind die Unternehmer

mit den schäbigsten Mitteln am Werk, ihre Forderungen, die sie bei den Tarifverhandlungen nicht durchzudrücken vermochten, Sondernwünsche und Lohnabbaubetriebsweise zur Durchföhrung zu bringen. Gelingt ihnen dies nicht, mißbrauchen sie sogar das Tarifschiedsgericht. Halten die Unternehmer hier nicht bald Einkehr, so steht zu erwarten, daß die Arbeiter nach einem Beschluß der Generalversammlung des Klubs der Wiener Zeitungsgeseller ihre Weisiger aus dem Tarifschiedsgericht für das Wiener Zeitungsgewerbe abberufen werden, womit dieses natürlich aktionsunfähig wird. So bietet die Gesamtheit in graphischen Gewerbe ein durchweg unerfreuliches Bild.

Schweiz. Am 8. Februar hat die neue Volksdruckerei in Basel ihren Betrieb aufgenommen, sie wurzelt im Boden zentraler und totaler Gewerkschaftsorganisationen. Der Schweizerische Typographenbund und einige seiner Sektionen haben den Großteil des Gründungskapitals beigeleitet, ihnen gestellten sich noch andre Verbände zu, so daß die Finanzierung rasch gesichert war. In dem schnellsten Zustandem dieser neuen Druckerei hat der nimmermüde Verbandstretär Kollege Schlumpf erheblichen Anteil. Damit hat die organisierte Arbeiterschaft wieder eine bestergerüstete Druckerei, und für die Wasser-„Arbeiterzeitung“ und die „Schweizerische Typographia“ ist das normale Erscheinen gesichert. Der Schlag, den die „Eroberer“ der Genossenschaftsbuchdruckerei, die Stübliinge Moskaus, gegen den Typographenbund und die Arbeiterschaft im allgemeinen führten, ist ins Wasser gefallen. Mit dieser Genossenschaftsbuchdruckerei, dem einst so blühenden Unternehmen, geht es rasch abwärts. Die Gewerkschaften werden sich helfen, diesen Totengräbern noch Arbeit zuzumachen zu lassen, und das Biltgertum erst recht. — Der Lohnabbaupult wieder einmal in der „Schweizerischen Buchdruckzeitung“. Nachdem das Thema bereits letzten Herbst dort angegangen wurde, verfuhrte nun im neuen Jahr ein Mitarbeiter, einen neuen Vorstoß nach dieser Richtung zu machen. Analog dem Vorgehen der Unternehmer in den Nachbarstaaten prophezeit man auch hier nach einer allgemeinen Senkung der Löhne einen Preisabbau aller Lebensnotwendigkeiten und ein Wiedererstarben der Industrie usw. Aber das sind ja alles nur Scheinmänner. Nur ein Beispiel. In der ostschweizerischen Strickerindustrie wurden die Löhne der Arbeiter und Angestellten so stark gesenkt, daß sie nun unter den Vorkriegslöhnen stehen, ohne daß dadurch die Industrie wieder konkurrenzfähig geworden respektive angeblüht wäre. Zudem hat es mit dem Preisabbau seine besondere Bewandnis. Die Schweiz ist ein ausgeprägterer Schutzzollernstaat. Durch waltgehenden Zollschutz und neuerdings auch durch Kontingentierung werden der Landwirtschaft den Gesehungsstoffen entsprechende Preise gesichert. Das gleiche ist der Fall für das Gewerbe und die Industrie. Sie alle versichern hoch und heilig, sie hätten den Zollschutz unbeschädigt nötig gegenüber der ausländischen Konkurrenz, daß aber dadurch die Lebenshaltung stark nach oben beeinflusst wird, das wird „nicht eingestanden“. Man glaubt deshalb in der Arbeiterschaft an das Evangelium von einer notwendig werdenden Senkung der Löhne zum Zweck der Senkung der Preise nicht mehr. Die Erfahrung hat die Arbeiterschaft vorfichtig gemacht. — Die Arbeitslosigkeit ist auch im Buchdruckgewerbe mit dem neuen Jahr angestiegen. Von 402 Ende Dezember 1931 hatte sich die Zahl bis Ende Januar auf 450 erhöht und die Aussichten auf eine Besserung sind nicht gerade verlockend. Während man früher die Arbeitslosigkeit bei den Maschinenführern weniger kannte, verzeichnet die letzte Liste bereits 32 Arbeitslose.

Finnland. Die allgemeine Krise hat auch hier eine Verfallmerkung der Arbeitslosigkeit im Gefolge gehabt. Die weitere Geldentwertung hat die Lebenshaltung der Arbeiter noch verschlechtert. Infolge der ungesunden Spaltung in der Fachorganisation konnte die neuerrichtete Gewerkschaftszentrale noch nicht die nötige Kraft entfalten, um die Interessen der Arbeiter im gemeinsamen Maße zu fördern. Besonders groß war auch die Arbeitslosigkeit im Buchgewerbe. Das Vorjahr verlief friedlich, aber der Frieden war von den Arbeitern teuer erkauft. Hoffentlich wird die Erkenntnis, daß Einigkeit vor allem not tut, immer allgemeiner.

Norwegen. Die Bestreitungen, die an die Aufhebung der Goldwährung im September, gleich nach Abschluß des neuen Tarifs, geknüpft wurden, sind glücklicherweise nicht in Erfüllung gegangen. Der Kaufwert des Geldes im Lande hat sich für die meisten Lebensnotwendigkeiten gehalten und war im Januar 1932 so wie in den letzten vier Monaten 1931. Für Lebensmittel war die Inbeziffer sogar um einen Punkt herabgegangen, wogegen die Ziffer für Kleider u. a. um einen Punkt heraufging. — Mit einem Teil der Druckereien, die außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehen, sind vorläufige Übereinkommen getroffen worden, die alle günstiger sind als der Schiedspruch vom September 1931. Die Druckereien ohne Übereinkunft bezahlen nach dem alten Tarif. — Das Arbeitsgericht, das über die Streikfrage mit den Zeitungsbetrieben in Oslo entscheiden soll, wird im März zusammentreten. Der Arbeitgeberverband macht gewisse Forderungen auf Schadenersatz für zwölf gestahle Löhne seit deren Eintritt der Zeitungsbetriebe in diesen Verband geltend. — Die Arbeitslosigkeit im Februar war nicht unerheblich kleiner als im gleichen Monat des Vorjahres. Es hat den Anschein, als ob der größte Teufel für das Buchgewerbe überstanden sei.

Holland. Die Prinzipale im holländischen Buchdruckgewerbe wollten nicht aus der Reihe tanzen: das allgemeine Bestreben nach Lohnsenkung hatte auch bei ihnen den Drang erweckt, durch Herabsetzung des Lohnes etwas zur „Geldung des kranken Wirtschaftslebens“ beizutragen. Wie schon früher mitgeteilt, enthält das jetzt gültige Tarifübereinkommen eine Bestimmung, nach der bei Auf- oder Niedergang der Inbeziffer eine paritätische Kommission zu unteruchen habe, inwieweit demgemäß auch die Löhne eine Änderung nach oben oder unten erfahren können. Zu verkennen war nicht, daß diese Inbeziffern inläßlich gesunken sind — und plündernd tamendann auch die Buchdruckprinzipale mit dem Erfinden an die Gesellschaft, Kommissionsmitglied zu wählen, denn eine Änderung der Löhne wäre doch angesichts der verminderten Lebenskosten angebracht. Die Beratungen haben vor einigen Wochen stattgefunden und ihr Ausgang war schon einigermäßen „vorausgesehen“. Das „Resultat“ der Unterhandlungen über einen neuen Tarif im Herbst 1930 war nach langwierigen und mehrmals abgebrochenen Sitzungen und Momenten von erstärkter Spannung, derart, daß die Geßlisen in einer Zeit, wo die Lohnföhrungen schon tüchtig im Gange waren, doch noch einen Lohnzufschlag von 2 Cent pro Stunde buchen konnten, während sich November dieses Jahres eine weitere Erhöhung um 1 Cent vereinbart wurde. Dieser Ausgang war für die Prinzipale auch eine fühlbare prinzipielle Niederlage, die sie nicht verschmerzen konnten. Es leuchtet deshalb ein, daß, wo jetzt hier Gelegenheit geboten wurde, diese Erhöhungen rückgängig zu machen, die Prinzipale versuchten, den gewünschten Ausgleich zu schaffen. Es ist ihnen gelungen; am 13. Fe-

Der flammende März!

Mit blühender Rüstung bricht der März in das Reich des Jahres, reißt mit starken Händen die Mauern des Winters nieder. Er kommt im wehenden Mantel des Sturmes, lodrende Gemüter umzuden sein Haupt. Der März ist die Zeit! Der März ist das Leben! In ihm wohnt die vorwärtstreibende Kraft der Erneuerung. Er kennt keine Tradition des Gewesenen, er stirzt das Alte und will das Neue! Der März ist die Revolution!

Die Römer gaben ihm den kriegerischen Namen. Es ist der Monat des Kriegsgottes Mars. Und wenn wir den Weg der Geschichte zurückgehen, da ist der März erleuchteter von den Fackeln der Freiheit und der Empörung!

Jeder Bestiner Arbeiter kennt den Friedlichshain. Er ist eine Stätte der Trauer für das Proletariat und für alle Menschen, denen die Freiheit ein heiliges Gut ist. Im Friedlichshain finden die Gräber von den Toten des Jahres 1848. Sie erinnern uns daran, daß im März 1848 in Berlin Barrikaden aufsteilmt waren, daß im blutigen Straßenkampf Männer für die demokratische Idee stritten und starben. Unter ihnen befanden sich auch mehrere Berliner Buchdrucker, denen aus Mitteln einer Sammlung unter der deutschen Kollegenchaft Denksteine gesetzt wurden. Diese Steine, von denen heute nur noch einer vorhanden ist, waren mit dem Buchdruckerwappen geschnitten und trugen die Inschrift: „Den am 18. März 1848 um die Freiheit gefallenen Brüdern“.

Der Sturm der Gegenwart läßt die Ereignisse des letzten Jahrhunderts verblasen. Aber für die Erkenntnis der Entwicklung der Geschichte sollten wir niemals vergessen, daß im Jahre 1848 die Geburtsstunde des Freiheitsgedankens in Deutschland schlug. Alle wirtschaftlich und politisch getriebenen Klassen erhoben die Forderung nach Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung in der Wirtschaft, in der Verwaltung des Staates. Man wollte die Ketten einer despotischen Regierung brechen, die Lasten der feudalen Herrschaft abwerfen. Es war ein Kampf

gegen den Stände- und Kastengeist! Niemand sollte mehr durch seine Geburt bestimmt sein, einer Gesellschaftsklasse für das ganze Leben anzugehören. Das Bauerntum sollte nicht vom ersten bis zum letzten Atemzuge als Leibeigener an den Gutsbesitzer gefesselt sein. Der Geselle wollte nicht mehr durch die starren Festschleife in der Ausbildung seines Berufs gebindert werden. Freie Berufswahl, freies Gewerbe war die Lösung. Stürmische Bauernbewegungen forderten Verteilung der Staats- und Kirchengüter, gerechte Steuererhebung nach Vermögen (der Grundbesitz war steuerfrei noch bis in die neueste Zeit). Vor allem erscholl der Ruf nach Mitbestimmung, nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht!

Eine deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt sollte alle Wünsche verwirklichen und in einem geeinten Deutschland den demokratischen Gedanken in die Tat umsetzen. Damals war es, als von den deutschen Vorkämpfern die Fahne Schwarz-Rot-Gold als Symbol der Einheit erhoben wurde. In der gleichen Universität in Jena, deren „nationalistische“ Studenten und Professoren heute diese Farben hasßen und beschimpfen!

Am 21. März 1848 ritz Friedrich Wilhelm IV. im Schmutz der Farben Schwarz-Rot-Gold durch die Straßen Berlins und gelobte allen Landestindern eine neue, freiheitliche Verfassung.

Er hat seinen Schwur gebrochen. Die Nationalversammlung in Frankfurt sprach herrliche Gedanken aus, entwarf ein ausgezeichnetes Programm — aber der Durchführung stellte sich die verrotte Macht des Mißtaats und des Mobs entgegen. Der „Freiheitskrieg“ von 1813 hatte Deutschland von der Fremdherrschaft befreit; die Knechtschaft des Volkes blieb. Friedrich Wilhelm IV. schrieb im Dezember 1848 an seinen Freund Bunsen: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!“

Im Jahre 1818 ließen Karl Marx und Friedrich Engels im kommunistischen Manifest ihren Wutruf an die Arbeiterschaft erschallen: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Und die geeinte Arbeiterschaft nahm im

Zeichen des Sozialismus den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung auf. Sie ging ihren Lebensweg und glaubte an den Sieg.

Der November 1918 öffnete die Tore zur Freiheit. In einer demokratischen Republik will sie ihre Ziele verwirklichen. Jeder deutsche Staatsbürger soll Anteil an den Lebensgütern haben. Gleiches Recht im freien Staat!

Aber auch die Gegner freierlicher Regungen der Arbeiterschaft rüsteten. Und wieder waren es Märztage, in denen sich der feurige Schein heftiger Kämpfe spiegelte.

Am 10. März 1920 begann der Kapp-Putsch. Die junge Republik sollte gestürzt werden! Die Brigade Ehrhardt zog am 13. März durch das Brandenburger Tor in Berlin ein. Die Reichsregierung unter dem Reichspräsidenten Ebert mußte Berlin verlassen. Die Kapp-Herrschaft erließ Proklamationen an das deutsche Volk. Aber überall flammte der entschlossene Widerstand der Arbeiterschaft auf. Der Generallstreik wurde im ganzen Reich ausgerufen und einmütig befolgt. Heftige Kämpfe entbrannten in allen Städten. Viele Arbeiter besetzten die Treue zur Republik mit dem Tod. Der Kapp-Putsch aber brach schließlich zusammen.

Ein andres interessantes Datum: Am 14. März 1923 wurde die Beschwerde der Nationalsozialisten wegen Auflösung ihrer Partei vom Staatsgerichtshof abgelehnt! Sechs Monate später verfuhrte Hitler in München die Rechtsdiatur aufzurichten. Wir wissen, daß dieser Versuch glänzend abge schlagen wurde. Die deutsche Republik steht fest.

Und jetzt schreiben wir den März 1932. Und neue Stürme erheben sich gegen uns. In diesem Monat soll die Entscheidungsschlacht um die Herrschaft im Reich geschlagen werden. Hitler will als Reichspräsident die Kra des „Dritten Reiches“ einleiten. Es wird ihm nicht gelingen! An der Eisernen Front der Republik wird die braune Flut zurückgedrängt.

Deutschland erlebt eine Wirtschaftsnote wie nie zuvor. Über sechs Millionen Menschen mußten die Arbeitsstätte

bruar wurden die Löhne um 2 Cent pro Stunde reduziert. Damit wurden sie auf die Basis der Säge gestellt, die in den Tarifjahren 1928 bis 1930 Gültigkeit hatten. Auch die am 17. November d. J. fällige Erhöhung des Lohnes um 1 Cent mußte preisgegeben werden. Die Gehilfenparteien, obwohl sie die Zulässigkeit der offiziellen Ziffern nicht ableugnen konnten, ließen es an Widerstand am Beratertisch nicht fehlen. Er blieb aber ohne Erfolg. Die unbefriedigte Stimmung der Prinzipale über den Ausgang in 1930; die allgemeine Lohnsenkungsschneise, die die Unternehmerwelt luggeriert und berauft hat, die wohl nicht sehr schlimme, aber doch auch nicht zolajarbige Lage ihrer Betriebe, alles dies überlebte die Verhandlungen, die endlich das genannte Resultat brachten. Es wurde von den Gehilfenorganisationen als eine von den gegebenen Verhältnissen aufzubringende Tatsache hingenommen — Auch im holländischen Buchbindergewerbe, das aber von der Krise sehr stark in Mitleidenschaft gezogen wird, werden die gleichen Lohnreduktionen vorgenommen. Der Minimumlohn beträgt für den 24jährigen Gehilfen jetzt nach den neuen Feststellungen: für Handfeger, Monotypsetzer, Letzter (Tagessetzungen), Drucker an Zylinder- und Tiegelpressen, Druckerbuchbinder (Papierfahnen usw.), Tiefdrucker an Bogenschnitten 73 Cent; für Maschinensetzer (mit Ausnahme der Monotypoperatoren) und Notations 82 Cent; für Monotyp- und andre Schriftgießer bei Bedienung einer Maschine 77, bei Bedienung zweier Maschinen 82 Cent; für Galvanisierer und Stereotypsetzer 77 Cent. Diese Lohnziffern beziehen sich auf die höchste Gemeindegasse. — Am 6., 7. und 8. Juni d. J. wird der Buchdruckerverband seine Generalversammlung abhalten.

Zugumzug, Rapider Rückgang der Konjunktur und dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit, Pfundkurz, mildes Wetter usw. haben in den letzten Monaten einen sehr fühlbaren Rückgang der Preise vieler Waren und Artikel zur Folge gehabt. Besonders betroffen wurden davon die landwirtschaftlichen Produkte. Bei Butter, Eiern, Brot lagen die Preise in letzter Zeit unter den Vorkriegsnormierungen, wenn man das Verhältnis zur Indexziffer in Betracht zieht. Dasselbe ist teilweise der Fall für Fleisch, wo der Import aus Holland und Skandinavien auf die Preise drückte. Für Textilien tritt der Preisrückgang noch weniger in Erscheinung, obwohl auch hier ein schwaches Nachlassen unverkennbar ist. Die Indexziffer hat sich der allgemeinen gleitenden Tendenz angeschlossen — nach Ansicht weiterer Kreise der Lohnempfänger ist sie sogar den Ereignissen vorausgeleitet. Weil die Löhne in Buchdruck und Gewerbe auf der Indexziffer aufgebaut sind, haben die Gehilfen demgemäß im letzten Jahr, besonders in den letzten Monaten, eine sehr empfindliche Einbuße erlitten. Im Monat Januar 1930 (Indexziffer 912) betrug der Minimumlohn 357 Fr., ab 1. März 1932 (Indexziffer 701) belaufte sich das Minimum auf 300 Fr., ein Rückgang von 16 bis 17 Proz., trotzdem es im Laufe des Jahres 1931 gelungen war, den Abzug von zwei Indexziffern durch Spezialabkommen hintanzuhalten. Ab 1. März stellen sich die Gehilfenlöhne folgendermaßen: erstes Gehilfenjahr 211 Fr., zweites und drittes Gehilfenjahr 202 Fr., viertes und fünftes Gehilfenjahr 287 Fr., sechstes Gehilfenjahr 300 Fr., für Maschinensetzer 312,75 Fr., für Monotypsetzer 314,75 Fr. Der Lohn des ersten Gehilfenjahres gilt nur in der Buchdruckerei, bei Anstellung in einer andern Druckerei gilt der Lohn der nächstfolgenden Jahresklasse. Der Beschäftigungsgrad im Gewerbe hat sich seit

Jahresanfang weiter verschlechtert, so daß die Zahl der Arbeitslosen sich um einige Einheiten vermehrt hat und momentan 11 bis 12 Proz. der Gesamtbevölkerung beträgt. Die im Monat November 1931 in Kraft getretene Einführung von Extrabeiträgen hat ermöglicht, die Höhe der bisherigen Arbeitslosenunterstützung beizubehalten und die Unterhaltungsstärken auszubehalten, so daß momentan, unter Hinzurechnung der staatlichen Zuwendungen, unsere arbeitslosen Mitglieder vor Not bewahrt sind. Dieser Akt von Solidarität ist um so höher zu bewerten, weil er in eine Zeit fällt, wo eine allgemeine Lohnsenkung in ausgeprägtester Form in Erscheinung getreten ist.

Belgien. Das große Reine machen im Belgischen Typographenbund hat begonnen. Nach dem Abgang des Zentralpräsidenten Louis Stordeur das Entlassungsgeld des Generalsekretärs Alexander Theunissen. Ein Spezialkongreß wird wohl demnächst den Schlupfunkt unter diese wenig erbauliche Angelegenheit legen. Das ist das Fazit, das sich aus Andeutungen ziehen läßt, die in der letzten Nummer der „Fédération Typographique Belge“ in den „Mitteilungen des Zentralvorstandes“ gegeben werden. Nach dem Weggang des Zentralpräsidenten Stordeur kommt all jezt die Demission des langjährigen Generalsekretärs Theunissen, der, genau wie Stordeur, an der Gründung des neutralen Brüsseler Buchdrucker Syndikats nicht unbetätigt war. Die Dinge nehmen eben ihren Lauf, den sie nehmen müssen und der von allen einfältigen Elementen vorausgesehen wurde. In Nr. 55 des „Korr.“ vom 11. Juli 1931 war in einer Schlussbetrachtung über den eben zu Ende gegangenen Brüsseler Streik folgendes zu lesen: „Glaubt man in führenden Kreisen, daß es möglich sei, Frieden, dauerhaften Frieden zwischen dem Zentralvorstand und dem Vorstand der Sektion Brüssel herzustellen, ohne eine radikale Personaländerung vorzunehmen? Hier liegt der Stein des Anstoßes. Es müssen Männer an die Front, Männer, die zu keiner Richtung hin kompromittiert sind, denen es nur darum zu tun ist, die einigste Einheit unter den belgischen Buchdruckern wieder herzustellen. Es wäre zum Beweisen, wenn die Herstellung dieser Einigkeit an dem unbegreiflichen Starrsinn einiger Persönlichkeiten, für die Prestige- und Machtfragen anscheinend die Hauptrolle spielen, scheitern sollte.“ Der Stein des Anstoßes ist im Kolben. Der praktische Sinn der belgischen Kollegen wird es nun ohne Zweifel ermöglichen, den Wiederaufbau ihrer alten ruhmreichen Organisation baldigst in die Wege zu leiten und zu gutem Ende zu führen. — Die „Association Typographique“ von Brüssel nahm in einer Vertrauensmännerversammlung am 10. Februar folgende Entschlüsse an: „Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Abplitterung im Schoße der Sektion Brüssel eine äußerst ernste Gefahr darstellt für die Interessen aller graphischen Arbeiter Belgiens, da sie geeignet ist, die allgemeinen Arbeits- und Lohnbedingungen im Buchgewerbe zu untergraben.“ Sie erklärt, daß die Dissidenten, falls sie weiterhin außerhalb der Association Typographique, die gemäß den Kongreßbeschlüssen allein vom Landesverband anerkannt ist, bleiben, sich gleichzeitig außerhalb des Landesverbandes stellen und demgemäß von letzterem rücksichtslos zu bekämpfen sind. Die Versammlung ist ferner der Meinung, daß dieser Kampf rein totaler Natur ist und demgemäß von der Sektion Brüssel zu führen sei. Sie fordert den Landesverband auf, zu prüfen, welche gemeinsamen Mittel anzuwenden sind, um der Dissidentenorganisation auf dem schnellsten Wege den Wind aus den Segeln zu nehmen.“

Frankreich. Die „Imprimerie Française“ veröffentlichte den Geschäftsbericht des französischen Buchdruckerverbandes für das dritte Trimester 1931. Einleitend wird darin bemerkt, daß der Verband sich im Zustand der Stagnation befinde; die Mitgliederzahl, die sich Ende Juni 1931 auf 22 812 bezifferte, belief sich Ende September des gleichen Jahres auf 22 798, hat also um 14 Einheiten abgenommen. Es sei erfreulich, daß sich der Effektzustand des Verbandes in dieser Krisenzeit so ausgezeichnet auf der Höhe halte. Die in der Berichtsperiode angeforderten Summen für Lohnbewegungen waren sehr minimal, dagegen weist die Bilanz einen Posten von 232 930 Fr. auf, der als Unterstützung von ausländischen Verbänden diente. Damit hat der französische Verband in vorbildlicher Weise seine internationale Solidarität bewiesen. Für Unterstützung der Arbeitslosen wurden 124 173 Fr. benötigt, gegen 146 724 im vorhergehenden Trimester. Diese Minderausgabe ist nicht zurückzuführen auf ein Zurückgehen der Arbeitslosigkeit, sie ist vielmehr dem Umstand zuzuschreiben, daß eine ganze Anzahl Mitglieder ausgesteuert wurde. Für Watium stellt sich die Ausgabe auf 1032 Fr. Das Verbandsvermögen ist von 3 252 230 Fr. auf 3 162 056 Fr. zurückgegangen. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um 90 174 Fr. Der Bericht schließt: „Die Gesamtsituation der Föderation ist nichtsdestoweniger ausgezeichnet. Es bleibt nur zu wünschen, daß die Zeit nicht mehr fern sein möge, wo es wieder Arbeit für alle gibt.“ — Infolge Sinfens der Indexziffer sind in folgenden Sektionen Lohnherabsetzungen vorgenommen worden: Calais 1,50 Fr. pro Tag, Toulouse 3 Fr., Mâcon 3,45 Fr., Lyon 4,55 Fr. pro Tag. Grenoble hat seinen Tarif auf der früheren Grundlage erneuert. — Die Zahl der Arbeitslosen in Paris war gegen Ende des Jahres merklich zurückgegangen. Sie hat sich inzwischen wieder erholt, weil die parlamentarischen Arbeiten ihrem Ende zuneigen und die Herstellung des Adressbuches „Bottin“ ebenfalls beendet ist. — Zwischen der Föderation und dem Unitären Syndikat wurden in letzter Zeit Verhandlungen geführt zwecks Wiedereinrichtung der Unitären (Kommunisten) in die Föderation. Das Resultat dieser Besprechungen steht noch aus.

Korrespondenzen

wd. Düsseldorf. In unserer Bezirksversammlung am 13. Februar, die von etwa 200 Kollegen besucht war, referierte Dr. Sternberg über das Thema „Wirtschaftskrise — Falschismus — und die Aufgaben der Arbeiterklasse“. Ein besonderes Gepräge erhielt die Beranmlung durch die Anwesenheit der beiden Gauvorsitzer Köhner und Fette. Der Referent führte aus: Das Jahr 1931 hat die Krise des Weltkapitalismus nicht nur weiter vertieft, sondern auch in außerordentlichem Tempo beschleunigt. Die Industriearbeiter haben im Herbst 1931 zwei Fünftel ihres Lohnes verloren. Wenn man den Lohn des Jahres 1929 gleich 100 setzt, so betragen die Löhne im Oktober 1931 nur noch 60. Die Preise der Waren, die die Arbeiterklasse kauft, sind demgegenüber nur 12 Proz. zurückgegangen. Es ergibt sich ein Sinken des Reallohn um 30 Proz. Durch die unerbörte Profetarisierung der Mittelschichten ist es zum erstenmal in der Geschichte zu verzeichnen, daß die Großstädte Abwanderung haben. Die Krise bedroht auch das Kapital. Wenn der Profit bedroht ist, zeigt es sich, daß das Kapital hundertmal mit dem Profit und nicht mit der Demokratie verheiratet ist. Die Nationalsozialisten sind die Hintermänner und Agenten des Monopolkapitals und der Falschismus bedeutet den konterrevolutionären Ausweg aus der Krise. Die Frage, ob diese Krise die letzte ist, kann nicht so gestellt werden, da es von der Tat der Arbeiter abhängen wird, ob es zur Barbarei kommt. Die vierte Notverordnung nahm den Gewerkschaften einen großen Teil ihrer Bedeutung, da nach den Worten des Reichspräsidenten das Völk-Bundes, Aufhäuser, damit der Kollektivvertrag fast völlig zerfallen würde. Die Pleiten der Staats- und Industrieunternehmen sollen dadurch ausgeglichen werden, daß man die Pleiten sozialisiert und den Profit individualisiert. Der Kampf der Gewerkschaftsführung ist ein Kampf an falscher Stelle, denn der Kampf darf nicht nur gegen den Falschismus geführt werden, sondern es muß das Monopolkapital bekämpft werden. Man schafft Kampplänen im Klassenkampf, zu diesen darf es aber nur kommen, wenn die eigenen Kräfte dadurch stärker und die des Klassengegners schwächer werden. Es ist notwendig, daß der Kampf von den zentralen Stellen aus geführt wird. Der Feind der Arbeiterklasse steht im eigenen Lande und die wirkliche Einheitsfront kann nur eine proletarische sein. Dem Wunsch einiger Kollegen nachkommend, ergriff als erster Disziplinierungsredner Gauvorsitzer Köhner das Wort. Er war nicht einverstanden mit den Ausführungen über die Spitzenführung. Vor dem 14. September sollte die Arbeitslosenversicherung verschlechtert werden, aber die aufgeregten Arbeiter haben die Situation bei den Wahlen nicht erkannt. Unsere Führer sind nicht die Lumpen und Verdräter, als die man sie gewöhnlich hinstellt, sondern sind durch jahrelange Arbeit aus unserer Schicht hervorgegangen. Für die Kräfte, die uns auferlegt werden, kann man die Führer nicht verantwortlich machen und man kann auch nicht von ihnen verlangen, daß sie die Krise befechtigen. Wenn man Referenten hören würde, die aus der Arbeiterklasse stammen, würde man die Verhältnisse anders geschildert bekommen als es hier geschah. Uns ginke es besser, wenn, sich die Weisheit der Akademiker weniger breit machen würde. Wer Kritik übt, habe auch zu prüfen, was bisher geleistet wurde; sollen wir es uns als Arbeiter bleken lassen, daß Leute, die nicht zu uns gehören, uns ihre Meinung aufdrängen? (Der Referent Dr. Sternberg ist der „Theoretiker“ der SWP, Schriftleitung.) Es kam zu starker Erregung in der Versammlung und es wurde ein Antrag gestellt, Kollegen Köhner das Wort zu entziehen. Es wurde nicht abgelehnt, trotzdem ein großer Teil der Versammlung dafür war, denn der Redner erklärte sich bereit, seine Ausführungen zu beenden. Drei Redner sprachen sich im Sinne der Sternbergischen Ausführungen aus. (Ein wohlberechneter Schlußantrag verbanderte es, daß der nächste Redner, Kollege Fette, zu Wort kam. Schriftleitung.)

Esersfeld. Unsere Bezirksversammlung am 14. Februar war außerordentlich gut besucht. Das Versammlungslokal erwies sich als klein, viele mußten sich mit einem Stehplatz begnügen. Mit den besten Wünschen für das neue Jahr eröffnete Vorsitzender Fetter die Versammlung. Der Gesangverein „Gutenberg“ erfreute die Anwesenden mit einigen Liedervorträgen. Nach Bekanntgabe einiger Schreiben des Verbands- und des Gauverbandes gab der Vorsitzende den Jahresbericht, in dem er u. a. ausführte: Unheilvoller habe bisher kein Jahr auf der gesamten wertvollen Bevölkerung gekostet als das Jahr 1931. Die ganze Welt ist von einer Wirtschaftskrise ergriffen, wie wir sie in diesem Ausmaß nie gekannt haben. Vertüchtigungen, Betriebsstilllegungen usw. sind heute an der Tagesordnung und bezeichnen den Weg der Krise. Die letzte Notverordnung hat der gesamten Arbeiterklasse furchtbare Lasten aufgebürdet. Die Löhne sind gewaltig gesenkt worden, aber von einer dementsprechenden Preisentzug haben wir leider bis zum heutigen Tag wenig bemerkt. Trotz alledem geht man im Buchdruckgewerbe neuerdings wieder dazu über, den noch bestehenden Leistungslohn abzubauen. Man nicht die Not unserer Kollegen und zugleich die Furcht, arbeitslos zu werden, in schamloser Weise aus. Soweit wir dazu in der Lage sind, müssen wir uns dagegen energisch wehren. Für uns kann nur eine Meinung herrschen: „Wie der Lohn, so die Arbeit.“ Der Mitgliederbestand betrug Ende des Jahres 654, gegen 685 im Vorjahr. In Beschäftigung standen 343, arbeitslos waren 311 Kollegen. Von den noch in Arbeit stehenden Kollegen arbeitet der größte Teil vertüzt. Auch heute noch stehen wir auf dem Standpunkt, daß bei einigem guten Willen des Unternehmers es möglich gewesen wäre, die Fünftageswoche einzuführen, um dadurch einen Teil unserer Erwerbslosen in den Produktionsprozeß wieder einzureihen. Der Mitgliederbestand in der Verbandsabteilung betrug am Ende des Jahres 95, gegen 98 im Vorjahr. Im Berichtsjahr feierte ein Kollege sein 40jähriges, 3 Kollegen ihr 40jähriges und 52 Kollegen ihr 25jähriges Verbandsjubiläum. Mit Stolz blickt der Bezirksverein auf diese stattliche Zahl der Jubilare, denen er nochmals den Dank der Organisation für ihre Treue ausspricht. 41 Jubilare waren am Schluß des Berichtsjahrs vorhanden. Im Schluß seines Berichts dankte der Vorliegende allen Funktionären und Betriebsvertrauensleuten für ihre treue Mitarbeit und knüpfte daran die Hoffnung, daß diese der Organisation

verlassen. Verodet stehen die Hallen der Arbeit. Will der Kapitalismus die Arbeiterklasse aushungern? Zu eng ist sein eigenes Versehen mit der Masse der Erwerbstätigen verknüpft. Je mehr Maschinen stillstehen, je weniger Menschen arbeiten, um so geringer wird seine Profitrate. Denn nur an der Arbeitskraft kann der Kapitalismus verdienen!

Die grenzenlose Not trifft vor allem die Jugend! Hier Jahre hat der junge Mensch gekert und gehofft. Nun muß er ratenlos den Weg zum Stempelamt antreten. Bittere Gedanken bedrücken ihn. Er kennt den Krieg nicht in seiner Furchtbarkeit, er weiß nicht, daß er die Hauptlaste des Elends in Deutschland, in der ganzen Welt ist. Der Jugendliche empfindet nur in aller Härte das Unrecht, das ihn betrifft. Elementar bäumt er sich gegen den unerträglichen Zwang der Arbeitslosigkeit auf. Er will arbeiten!

Da kommen nun die Nationalsozialisten und erzählen ihm, daß nur die Sozialdemokratie, der „Marxismus“ die Schuld trage. Sie verwirren seinen Sinn, läufchen ihn mit Versprechungen.

Der März 1932 bringt die Entscheidung für die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse, für jeden einzelnen. Auf dem Friedhof im Friedrichshagen in Berlin liegen neben den Märzgefallenen von 1848 auch zahlreiche Opfer der Jahre nach der Errichtung der Republik. Von ihren Gräbern geht die Mahnung aus: Seid treu im Kampf um Recht und Freiheit!

Am 14. März 1883 starb Karl Marx. Er gab der Arbeiterklasse den Glauben an die Neugestaltung der Welt. Er wollten den Sozialismus. Hemmungen und Rückschläge sollen uns den Mut nicht trüben. Unverstand und blinde Machtgier können den Entwicklungsgang einer Weltidee nicht aufhalten.

Es kommt ein März, der wie ein Frühlingsturm durch das morsche Gebäude eines überlebten Systems brausen wird! Ein neuer und starker Staat erhebt sich aus stürzenden Trümmern. Aber seinem hohen Portal stehen die stolzen Worte: Der Sozialismus macht euch frei!

Broder Bahnen.

auch im neuen Jahr ihre Mitarbeit nicht entziehen möchten. Wenn uns im verflochtenen Jahr auch manches verloren gegangen ist, so kommt doch hoffentlich der Zeitpunkt wieder, wo wir denen das heimzählen können, was man uns in diesen schweren Schicksalszeiten brutal genommen hat. Hierauf befahte sich die Versammlung mit der Stellung von Anträgen zur Tarifrevision. Um den arbeitslosen Kollegen gerecht zu werden, damit diese wieder Aussicht auf Unterkommen haben, wurde der Antrag auf Einführung der Fünftageswoche gestellt und die Erwartung ausgedrückt, unsere Unterhändler mögen von diesem Antrag nicht ablassen. Der Kassenbericht lag gedruckt vor und dem Kassierer Peus wurde Entlastung erteilt. Der alte Bezirksvorstand wurde wieder bekräftigt und auch die Entschädigung für den Vorstand bleibt wie bisher. Die in der Versammlung anwesenden erwerbslosen Kollegen erhielten 1,50 M. Jahrgeld bewilligt. Zum Schluss lag noch ein Antrag Annahme, wonach im laufenden Jahr zwei Bezirksversammlungen stattfinden sollen. Den Ort bestimmt der Vorstand. Mit der Mahnung, die Kollegen mögen sich mit der gesamten Arbeiterschaft immer fester zusammenschließen und mit allen freischheitlich gesinnten Menschen die Eiserne Front bilden, an der alle reaktionären Antikräfte zerstoßen, schloß Vorsitzender Weber die anregend verlaufene Versammlung.

Samberg-Altona. In unserer außerordentlichen Generalversammlung am 16. Februar teilte Kollege R u h l e r mit, daß 1437 Kollegen arbeitslos sind. Kollege R u s s e r machte darauf aufmerksam, daß augenblicklich eine Revision der Betriebe durch Ingenieur R a n g e r von der Berufsgenossenschaft der Buchdrucker vorgenommen wird und erbat, den Kontrollleur auf etwaige Mängel im Betrieb unbedingt aufmerksam zu machen. Die Aussprache über den Bericht der Kommission zur Vorbereitung der neuen Tarifklausuren wurde fortgesetzt. Nach Ablehnung verschiedener Anträge wurden die Satzungen in erster Lesung angenommen. In der sofort vorgenommenen zweiten Lesung wurden noch einige beantragte Änderungen angenommen. Kollege W i r n e r beantragte jedoch die Wiederherstellung der Kommissionsvorsorge betreffs § 3 Absatz 2 der Geschäftsordnung für die Versammlungen (Bestellung der Redezeit auf 10 Minuten). Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. In der Gesamtabstimmung wurden die neuen Satzungen jedoch mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen; sie treten am 1. April 1932 in Kraft.

Kiittin. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens unseres Ortsvereins fand am 13. Februar eine G e n e r a l v e r s a m l u n g statt. Von einer Feier in größerem Rahmen wurde infolge der jetzigen Notzeit Abstand genommen werden. Der langjährige Vorsitzende B o l d u a n begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen und schilderte in längerer Ausführungen das Werden und Wirken des Ortsvereins von der Gründung bis zum heutigen Tag. Viele Schwierigkeiten in tariflicher und idealer Hinsicht waren zu überwinden. Von den 16 Begründern des Ortsvereins weisen heute noch sieben Kollegen unter uns. Leider haben wir unter der Krise sehr zu leiden; von 31 Kollegen sind 9 arbeitslos. Wir müssen aber, der Mut nicht verlieren. Auf jede Krisezeit folgte ein Wiederanstieg, alsdann rekrutierte unser Genossenschaftler K i n t e (Stellin) über die Entschleunigung der Buchdrucker- und Schriftsetzer, „Er sprach, daß die Zeiten der Not und der Gefahr, der über Bewegung bis 1866, dem Sozialistengesetz, den Kämpfen in den Jahren 1891 bis 1893, von Krieg, Revolution, Inflation, und zeigte als Errungenschaft der Nachkriegszeit einen gewissen Aufstieg der Arbeiterschaft. Seit 1929 haben wir eine ungeheure Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Lohnabbau und Angriffe auf das Tarifrecht sind die üblen Begleiterscheinungen dieser Krise. Alle uns noch bevorstehenden Schwierigkeiten können nur durch Geschlossenheit und Einigkeit im Verhalten auf den Verband überwunden werden. Einen anderen Weg gibt es nicht. Im Namen des Verbands- und des Gauverbandes sprach er seinen Glückwunsch aus und schloß mit einem Hoch auf Verband und Ortsverein. Unser Bezirksvorsitzender S c h o e d e r (Neudamm) übermittelte die Glückwünsche des Bezirks Neudamm und überreichte namens des Bezirksvorstandes ein Geschenk. Ein Vertreter des Ortsausschusses im DGB hob das erfrischliche Zusammenarbeiten zwischen Ortsausschuss und Ortsverein hervor. In allen Einrichtungen, wo es gilt, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, seien die Buchdrucker an führender Stelle zu finden. Glückwünschebräuen waren vom Bezirks- und Ortsverein Frankfurt a. d. O., vom Ortsverein Neudamm und vom Kollegen R a m b o w (Neudamm), einem der Mitbegründer unseres Ortsvereins, eingegangen. Kollege B o l d u a n sprach im Namen des Ortsvereins seinen Dank aus. Der Selbstversammlungs schloß sich ein gemüthliches Beisammeln an. Bei Gesang und erstem und heiteren Vorträgen vergingen die Stunden echt sozialistischen Lebens als ein Lichtblick in dieser Notzeit viel zu schnell.

Münzberg, (Handseker.) In unserer gutbesuchten Generalversammlung am 5. Februar, in der auch unser Ortsvorsitzender Götz anwesend war, gedachte Vorsitzender S a u e r zunächst des durch den Tod aus unserer Mitte getretenen Kollegen Wilhelm Kolb. Er war Gründungsmitglied unserer Sparte und förderte unsere Ideale durch tätige Mitarbeit in der Verwaltung, der er einmal angehörte, und durch Vorträge, die er in unserer Mitte hielt. Sodann gab der Vorsitzende einen Rückblick auf das verflochtene Jahr. Trotz der Wirtschaftskrise mit ihren niederziehenden Begleiterscheinungen wurde auch im letzten Jahr viel Gutes geleistet im Interesse der Kollegen und der Sparte. Wenn auch der gute Wille bedrängt ist durch die mißliche Lage, so sollten doch alle arbeitslosen Kollegen ihre Zeitschrift, den „Handseker“, abholen und auch lesen. Unsere Sprachabende, die allen Kollegen zugänglich sind und empfohlen werden, fanden volle Zufriedenheit bei den Teilnehmern unserer Sparte. Dem Kollegen Beufel sprach der Vorsitzende Dank aus für die Mühe und Arbeit, die er mit den Abenden hatte. Kollege M a t h e s gab hierauf den Kassenbericht; ihm wurde Entlastung erteilt. Einen kurzen Bericht für die Berechnungskommission erstattete Kollege S c h m i d t. Die Berichte wurden ohne Distinktion genehmigt, und Vorsitzender S a u e r bat nun um Vorschläge zur Wahl der Vorstandschaft. Es wurde vorgeschlagen, die Gesamtverwaltung wiederzuwählen. Dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme. Vorsitzender Sauer dankte den

Kollegen für das bewiesene Vertrauen. Unter „Verschiedenem“ kam ein Rundschreiben der Zentralkommission zur Verlesung. Bei der Frage zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zeigte es sich, daß die Gegensätze zwischen den einzelnen Sparten noch zu groß sind, doch wird die Not der Zeit uns zwangsläufig zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft veranlassen.

Planen i. B. Unsere Generalversammlung am 23. Januar, die sich durch guten Besuch auszeichnete, wurde eingeleitet durch ein Begrüßungslied des Gelangvereins „Gutenberg“, das sehr guten Anklang fand. Nach Bekanntgabe einer Reihe von Glückwünschen zum Jahreswechsel und sonstigen Mitteilungen mußte zum Ausschluß eines Kollegen geschrieben werden, der sich strikte weigerte, seine Verpflichtungen dem Verband gegenüber zu erfüllen. Der umfangreiche Jahresbericht des Ortsvereins samt allen Untergruppen wurde vom Schriftführer verlesen. In der Diskussion gab es einige hitzige Auseinandersetzungen. In vorgedachter Stunde kam man endlich zum Punkt „Wahlschlichter“. Vom Wahlvorschlagesauschuss wurde der erste Vorschlag, Kollege Linke, wieder vorgeschlagen. Es lauteten 54 Stimmzettel für Linke, zwei waren zerplittert und 27 Zettel waren weiß. Auf Grund dieses Wahlergebnisses sollte Kollege Linke das Amt als erster Vorsitzender ab. Bei der Wahl des zweiten Vorsitzenden machte sich eine harte Opposition gegen den bisherigen Inhaber des Amtes, Kollegen Jura, bemerkbar. Es entspann sich eine lange, erregte Debatte, in deren Verlauf man sich nicht immer parlamentarischer Ausdrücke bediente. Die Abstimmung ergab 41 Stimmen für Kollegen Jura, 36 für Kollegen Scheerbaum, 6 Zettel waren weiß. Nun schaute auch Kollege Jura ab, da er mit dem Wahlausgang nicht zufrieden war. Da es bald 1 Uhr und noch kein Ende der Versammlung abzusehen war, wurde die vertagt und der alte Vorstand vorläufig mit der Weiterführung der Geschäfte betraut. — Die Fortsetzung der Generalversammlung fand am 13. Februar statt. Der Vorstand forderte die Kollegen auf, die Eiserne Front durch Eintritt in die gewerkschaftlichen Hammerschaften zu stärken, um dadurch den Abwehrwillen gegen den Faschismus zu dokumentieren. Einige „Unentwegte“ gaben ihre eigenen verletzten Gefühle Ausdruck insofern, als sie Parteinteressen höher stellten als die vom Faschismus aufs schwerste bedrohten Positionen der gesamten Arbeiterschaft. Es wurde eine Entschleunigung eingebracht, die jedoch vom Vorsitzenden nicht zur Abstimmung gebracht wurde. Der „Preisabbauaktion“ der Regierung und des Preiskommissars G ö r d e l e r fand man sehr steifisch gegenüber. Nun kam man zur Wahl des Vorstandes, die schnell erledigt wurde, da keine große Debatte ausgelassen wurde. Als erster Vorsitzender erhielt Kollege L i n k e 47 Stimmen; außerdem wurden 19 weiße Zettel abgegeben. Kollege Linke stellte seine Bedenken zurück und nahm die Wahl nach reiflicher Überlegung an. Er benutzte gleichzeitig die Gelegenheit, seinen bisherigen Vorstandsmitgliedern und der Kollegenchaft den Dank für ihre rühmliche Mitarbeit auszusprechen. Für den Posten des zweiten Vorsitzenden, der gleichzeitig Beiratsleiter ist, lagen drei Vorschläge vor. Kollege Jura wurde mit 31 Stimmen wiedergewählt. Dem Kassierer, E m i l L e t t wurde, durch seine einstimmige Wiederwahl, das Wortkapital ausgesprochen. Der gesamte Vorstand wurde, mit geringen Änderungen, wiedergewählt. In seine Amtszeit beruhen. Zum Schluss fanden noch zwei Anträge auf Änderung des Statuts der Sparte Erledigung.

Jueland. Unsere Versammlung am 7. Februar nahm einen überaus harmonischen Verlauf. Beste noch Bezirksvorsitzender R a n k e (Gera) wieder einmal in unserer Mitte, und die Kollegen hatten sich fast vollständig eingeschlossen, besetzten die Kollegen von dem benachbarten Triebes. Nach Eröffnung und Begrüßung der Versammlung durch den Kollegen M a t t h e s berichtete Kollege R a n k e über die letzte Bezirksvorherrschenszeit, die sich hauptsächlich mit der finanziellen Lage unserer Organisation zu befassen hatte. Nach Schluß der interessanten Ausführungen dankte der Vorsitzende dem Referenten. Zu den Manteltarifverhandlungen soll eine Erhöhung des Ortszuschlags beantragt werden. Hingewiesen wurde noch auf die Notwendigkeit, bei den Lehrlingsentsetzungen ganz besonders darauf zu achten, daß die tarifliche Lehrlingsliste nicht überschritten wird. Von 16 Mitgliebrern am Ort sind 8 arbeitslos, 5 Kurzarbeiter und nur 3 Vollarbeiter. Es standen dann noch eine Anzahl interner Angelegenheiten zur Aussprache. Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß demnächst ein Lichtbildvortrag der Bildungsverbandsgesellschaft stattfinden wird.

Zwidau, (Handseker.) Unsere Jahreshauptversammlung am 6. Februar hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erleben. Verschiedene Neujahresarten fanden großes Interesse. Ein Streifzug durch die Sparten-tätigkeit, der vom Kollegen H i p p o l d einwärtig durchgeführt wurde, fand ungeteilte Anerkennung. Anschließend folgten die Berichte des Vorstandes und des Kassierers. Die Veranstaltungen der Sparte wurden von 35 Proz. der Mitglieder befaßt. Dem Kassierer sowie dem Gesamtvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahlen fanden schnelle Erledigung, der Gesamtvorstand wurde bis auf den Beisitzer wiedergewählt. Eine lebhafteste Aussprache erweckte der Punkt „Anträge zur Tarifberatung“. Es wurden dem Vorsitzenden verschiedene Anträge zur Weiterleitung an die Zentralkommission überwiehen. Als nächste Veranstaltung soll ein Werbeabend abgehalten werden.

Allgemeine Rundschau

Kollektivangriff Berliner Großdruckereien auf die Avertarische. Entgegen der Mitteilung im Situationsbericht unserer vorigen Nummer über das Zustandekommen einer Einigung bei der Firma K u g u t s c h e r l, G. m. b. H. („Berliner Vorkanzler“), muß heute von einer erneuten scharfen Zuspitzung des Konflikts in dieser Firma Kenntnis gegeben werden. Die Behauptung der „Noten-Zeitung“ in ihrer Nummer vom 23. Februar, daß sich der „sozialdemokratische Betriebsrat“ bei Scherl mit der Direktion auf einen Abzug von 20 Prozent einverstanden habe, war lediglich demagogische Mache, darauf gerechnet, den Betriebsrat zum Verräter der Arbeiterinteressen zu stempeln. Es war vergebliche Liebesmühe. Am gleichen Tage, dem 28. Februar, sprach sich die Belegschaft der Firma Scherl nochmals einstimmig gegen den rigorosen Abzug

der über-tariflichen Zulagen aus und verlangte die Zurücknahme der 26 ausgeprochenen Kündigungen. Nachdem die Zurücknahme dieser Kündigungen von der Firma am 2. März erfolgt war, wurde von ihr dem Personal ein neuer Vorschlag unterbreitet, der einen Betrag von 5 M. über Tarif freiließ, im übrigen aber folgende Abzüge vor sah: bei 6,50 M. über Tarif 50 Pf., bei 7,50 M. 75 Pf., bei 8,50 M. 1 M., bei 9,50 M. 1,25 M., bei 10,50 M. 1,50 M. und von 10,51 M. an 15 Proz. des über-tariflichen Lohnanteils. Auf Antrag der Firma kam dieser Vorschlag als bald zur Abstimmung unter dem Personal. Mit großer Mehrheit schloß dieses jedoch den neuen Vorschlag ab. Nur 202 Mitarbeiter stimmten für den Vorschlag der Firma, 1018 dagegen. Anstatt nach diesem Ergebnis Abstand zu nehmen von der unmotivierten Herabdrückung des Lebensniveaus ihrer qualifizierten Belegschaft, wurden von der Betriebsleitung erneut 26 Kündigungen in allen Abteilungen ausgesprochen unter dem gleichzeitigen Verlangen nach einem 20prozentigen Abzug der über-tariflichen. Das löste begrifflichweise neue Empörung beim Gesamtpersonal aus, was zur unmittelbaren Folge hatte, daß sämtliche Notationsdrucker, Stereotypen- und Tiefdrucker mit ihren Hilfspersonalen, die „Merkung“, „Wochens“, sämtliche männlichen Falzer und fast sämtliche Handseker am selben Freitag ihre Einzelkündigungen einreichten, so daß sich rund 800 Beschäftigte mit den Geländigten sofort darstellten. Die Maschinenleger arbeiten im Bedrücken, und zwar nach einem Vertrag, der noch bis zum Ablauf des Manteltarifgesetz Geltung hat. Abzugsforderungen sind ihnen gegenüber von der Firma nicht gestellt worden. Wie wir in Erfahrung brachten, hat die Firma Scherl in zwischen die Feststellungsfrage wegen Tarifverletzung durch Massenündigung gegen ihr Personal beim Berliner Schiedsamt angeklagt. Dieses wird am Dienstaachmittag über die Klage verhandeln. Bei der Firma E l s e n e r ist es bis zur Stunde noch nicht gelungen, eine Einigung zustande zu bringen. — Weiter sei noch mitgeteilt, daß es am 4. März auch bei der Firma, F. E. L. G. e. n. t. z. e. f. f. (Berlin-Schöneberg) zu einem Konflikt gekommen ist wegen verlustigen Abbaues von über-tariflichen Lohnzulagen. Nach erfolgter Ablehnung wurde fünf Sechser und einem Drucker von der Firma gekündigt, worauf sich das Gesamtpersonal (65 Personen) mit den Geländigten durch Einreichung der Kündigung sofort darstellte.

Goethe in der Zukunft der Welt. Unter diesem Titel veranstaltete der Verein Deutscher Buchhändler anlässlich des hundertsten Todestages Goethes, gemeinsam mit dem Börsenverein der Deutschen Buchhändler und dem Deutschen Buchgewerbeverein, eine Ausstellung im Museum der bildenden Künste zu Leipzig. In dieser Ausstellung sollen künstlerisch und technisch einwandfrei gestaltete Ausgaben Goethescher Werke gezeigt werden. Zwei Sonderveranstaltungen, von denen die eine sich an die Künstler aller Länder, die andre an über hundert Buchdrucker der Welt wenden, werden die Ausstellung ergänzen. Besonders ausgewählte Künstler der Welt werden ein besonderes Wort zum „Kraut“ in belletrischer Technik herstellen, und 50 deutsche und 80 ausländische Drucker werden sich an der Goethe-Schönung des Vereins Deutscher Buchhändler beteiligen.

Sozialdemokratische „Hilfsaktion“. „Hilfsaktion“ heißt der Arbeitslosen- und Buchdrucker-Verband, der sich bei jeder beschränkter Notlage und überhaupt nicht mehr möglich, das „Wortkapital“ für eine „Tageszeitung“ aufzubringen. Dieser Tatfache Rechnung tragend, haben die sozialdemokratischen Zeitungsverlage Württembergs sich entschlossen, gemeinsam eine Wochenausgabe unter dem Titel „Wochenpost für das Schwabenland“ herauszugeben. Die redaktionell sehr geliefert und technisch ansprechend aufgemachte Zeitung erscheint seit Ende Januar d. J. und wird in der Druckerei der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart gedruckt. Auch im Verlag des Berliner „Vorwärts“ erscheint seit 28. Februar für solche Helfer, die nicht mehr in der Lage sind, das volle Abonnement zu erbringen, fortlaufend ein Sonntag „Vorwärts“ mit Wochenbeilage und „Wort und Zeit“ (Tiefdruckbeilage) zum Preis von monatlich 65 Pf. frei Haus. Auf diese Weise wird auch den von der Wirtschaftskrise am schwersten Betroffenen eine Möglichkeit geboten, sich über die politischen Vorgänge und sonstige Ereignisse zu orientieren. Auch die Gewerkschafts- und Arbeiterpresse ist natürlich betroffen, durch entsprechende Ausgestaltung ihres Inhalts den dringenden Zeitnotwendigkeiten gerecht zu werden. Niemals war ja die Verzerrung der Gemüter größer als heute, kaum jemals die Auffklärung wichtiger — und die Mittel geringer.

Schlichte Voraussetzungen zur Reichspräsidentenwahl. Die besondere Art der durch die Verfassung im Artikel 41 bestimmten Wahlweise des Reichspräsidenten findet in sehr vielen Distinktionen eine vollkommen falsche Darstellung. Nicht in letzter Linie ist die richtige Erkenntnis der politischen Verhältnisse nur möglich, wenn auch die formalen Gesetze genau bekannt sind. Der Artikel 41 der Reichsverfassung lautet: „Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volk gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das fünfundsiebzigste Lebensjahr vollendet hat. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.“ Was bestimmt nun das Reichsgesetz? Wahlberechtigt ist, wer das Wahlrecht zum Reichstag hat. Die Wahl ist direkt und geheim. Der Reichstag wird durch den Reichstag bestimmt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte aller abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Hat keiner der Kandidaten diese sogenannte absolute Mehrheit erhalten, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Hier gilt derselbe als gewählt, der die höchste Stimmenzahl erhalten hat. Hieraus ergibt sich, daß weder eine Stichwahl noch engerer Wahl etwa zwischen den zwei Kandidaten, die die meisten Stimmen auf sich vereinigten, notwendig ist. Es ist auch nichts bestimmt über die im zweiten Wahlgang vorhandene Zahl von Kandidaten. Ebenso können im zweiten Wahlgang völlig neue Kandidaten auftreten, wie dies ja auch bei der Wahl im Jahre 1925 der Fall gewesen ist. Hieraus ergibt sich, daß Parteien, die aus inneren Gründen im ersten Wahlgang an einer eigenen Kandidatur festhalten, im zweiten Wahlgang doch gezwungen sind, sich zu einer Sammelliste zu vereinen — rechts- oder linksabteil der Mitte — zu entschließen. Dabei liegt die Gefahr nahe, daß Kandidaten, die als Sammellistenkandidaten im zweiten Wahlgang in Frage kämen, verstüßten, weil sie im ersten Wahlgang nicht gewählt worden sind und daher der Verleumdungslust nicht von neuem ausgesetzt sein wollen. Daß dies für Thälmann nicht gilt, wird niemand bezweifeln. Die

